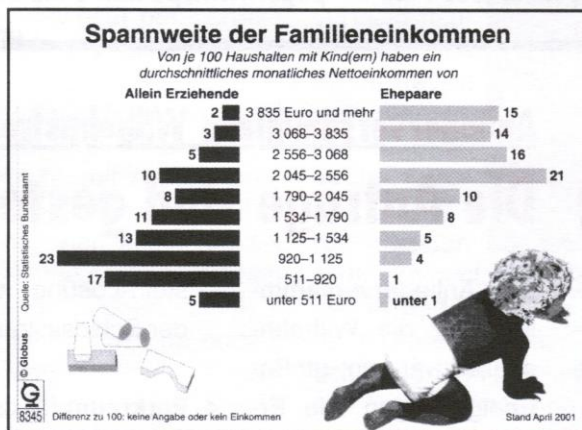


Agenda 2010 braucht soziale Fortentwicklung

Die SPD entwickelt im Rahmen der Vorschläge der Agenda 2010 den Sozialstaat weiter. Dabei geht es jedoch nicht nur um Sozialpolitik, sondern auch um die Themen Wachstum, Beschäftigung und Bildung. Es geht nach dem Parteitag darum, die Agenda 2010 weiter zu entwickeln und zu verbessern. Wir brauchen mehr soziale Symmetrie bei der Belastung von schmalen und breiten Schultern. Es darf bei der Einsparung von Sozialleistungen und der Mehrbelastung durch höhere Eigenbeteiligungen nicht gleichzeitig zu weiteren Steuersenkungen insbesondere des Spitzensteuersatzes für Gutverdienende geben. Richtig ist der Weg, versicherungsfremde Leistungen und gesamtsstaatliche Aufgaben, wie z.B. die Finanzierung der

deutschen Einheit nicht nur von den Versicherten und Arbeitgebern bezahlen zu lassen. Ein Großteil von Versicherungsleistungen muss in Zukunft verstärkt steuerfinanziert werden. Um das notwendige Wirtschaftswachs-

tum sicher zu stellen, sind verstärkte öffentliche Investitionen trotz der Maastricht-Kriterien nötig, und private Investitionen und Wachstum müssen stärker gefördert werden. Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung, um die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zu sichern. Die kommunale Finanzausstattung muss dauerhaft sichergestellt werden, damit unsere Städte und Gemeinden investieren können.



Kommentar:

Katasterämter sind anerkannte Dienstleister

Im Zuge der Verwaltungsreform will die FDP-CDU Landesregierung den Katasterämtern Aufgaben nehmen und privatisieren. Dabei sollen Aufgaben auf öffentlich bestellte Ingenieurbüros übertragen werden. Bisher wurden hierbei 50% der staatlichen Aufgaben erledigt. In Zukunft sollen es dann 75% sein. Dies ist jedoch ein wichtiger Einnahmebereich der Katasterverwaltung. Wer ihn nimmt, nimmt auch ein Stück

Wirtschaftlichkeit und schafft zusätzliche Kosten in den Ämtern. Außerdem werden hier Dienstleistungen privatisiert, die dann nachher nach einer staatlich festgelegten Gebührenordnung abgerechnet werden. Dies bringt keinen Wettbewerb und keine Kostenersparnis für die Kunden. Vor allem betroffen wäre wieder der ländliche Raum, wo es keine oder nur einen privaten Anbieter dieser Dienstleistungen gibt.

Viel Kritik am Schulgesetzentwurf von CDU und FDP

Zwei volle Tage hatte sich Anfang Mai der Kultusausschuss des Niedersächsischen Landtags Zeit genommen, mehr als 30 Verbände und Organisationen zum Entwurf des neuen Schulgesetzes anzuhören.

Folgend einige der Kritikpunkte: Kernpunkt der ablehnenden Stellungnahme der GEW auf den Widerspruch, einerseits im Gesetzentwurf das „Prinzip der Durchlässigkeit“ zwischen den Schulformen des Sekundarbereichs I zu verankern, andererseits aber die Schulstruktur so auszurichten, dass homogene Lerngruppen gebildet und lernschwächere Schülerinnen und Schüler aussortiert werden können.

Heftig kritisiert wurde auch, dass als Konsequenz der Abgabe einer Schullaufbahnpflichtung durch die Grundschule am Ende der vierten Klasse die Gefahr bestehe, dass künftig noch früher als bisher eine Sortierung der Schülerinnen und Schüler nach dem sozialen Status ihrer Eltern erfolgen würde.

Der Landeselternrat lehnt eine Schullaufbahnpflichtung am Ende der vierten Klasse „durch oft nur eine einzige Lehrkraft“ ab. Der Wechsel in die weiterführenden Schulen müsse in jedem Fall „ohne die Stigmatisierung einer Empfehlung“ erfolgen. Die Einschätzung der Eignung sollte den Lehr-

kräften der weiterführenden Schulen überlassen bleiben. Die Möglichkeit der „Abschulung“ von Schülerinnen und Schülern, die ohne entsprechende Grundschulempfehlung eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen und am Ende des fünften Schuljahrgangs nicht versetzt werden, lehnt der Landeselternrat als Einschränkung des freien Elternwillens ab.

In der Frage nach der Zukunft der Gesamtschulen waren sich GEW und Landeselternrat einig, die mit dem Gesetz verfolgte Absicht, den Gesamtschulen nur noch einen Bestandschutz zu geben und damit ihre Anzahl zu begrenzen wird entschieden abgelehnt. In ihrer Stellungnahme appelliert die höchste Elternvertretung an die Abgeordneten der Regierungsfractionen, das Recht der Eltern für die grundsätzliche Entscheidung über die Schullaufbahn ihrer Kinder nicht einzuschränken oder zu behindern.

Unterstützt wurde diese Haltung auch vom Niedersächsischen Städtetag. Gerade im ländlichen Raum mache es Sinn, auf freiwilliger Basis kooperative Haupt- und Realschulen einzurichten und zu betreiben, um ein qualitativ vertretbares ortsnahe Schulangebot vorhalten zu können.